

Die Bedeutung des bedingungslosen Grundeinkommens in einer möglichen Übergangsgesellschaft

Den sich auf Marx berufenden KritikerInnen des Grundeinkommens gewidmet

Die vollständige Bedeutung des bedingungslosen Grundeinkommens erschließt sich erst durch seine Rolle im Prozess des Übergangs vom Kapitalismus in eine nachkapitalistische Gesellschaft. Das Prinzip des Grundeinkommens ist einfach und klar: Alle sollen periodisch so viel gesellschaftlich gültige Kaufmittel (Geld) erhalten, um eine soziale Existenz in Würde und unter der Möglichkeit der Anteilnahme am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten. Bedingungslos meint tatsächlich bedingungslos: Einkommen, Besitz, Geschlecht, politischer Status, Art und Ausmaß der Tätigkeit usw. dürfen keine Kriterien für die Vergabe darstellen. Aus dieser Definition wird klar, dass es sich beim Grundeinkommen primär um *keine* sozialstaatliche Maßnahme der Armutsbekämpfung handeln kann, sondern ein qualitativ neues Verhältnis von Individuum und Gesellschaft institutionalisieren will. Die Tätigkeit des Individuums, sei es als Lohn- und Erwerbsarbeit oder als gemeinschaftliche, kommunale und private Aktivität, wird dabei weder bewertet noch gemessen. Das Prinzip des Grundeinkommens ist weder an Lohnarbeit noch an Geld gebunden. Deshalb konnte ich von Kaufmitteln sprechen und Geld in Klammern setzen. Das Prinzip des Grundeinkommens wäre grundsätzlich auch mit jenen Stundenzettel zu realisieren, die Marx in seiner *Kritik des Gothaer Programms* vorschlägt. Aber es lässt sich auch unter der Voraussetzung der gesellschaftlichen Dominanz von Geld und Lohnarbeit realisieren. Insofern erfüllt es ein Kriterium einer echten Übergangsforderung. Als Prinzip ist es in verschiedenen Formen zu verwirklichen – von den politischen Schwierigkeiten der Durchsetzung erstmals abgesehen.

Das Grundeinkommen ist nur als verbindliches, gültiges und einklagbares Recht zu verwirklichen, vorzugsweise als Recht im Verfassungsrang. Das heißt, es setzt eine gegebene Rechtsordnung und Institutionen, die diese Rechtsordnung sichern, voraus. Jedes Recht, auch die Verfassung, setzt einen gesellschaftlichen Grundkonsens bezüglich dieser Rechtsordnung voraus und kann, bei entsprechenden Kräfteverhältnissen auch verändert werden. Recht beruht in letzter Instanz immer auf Gewalt, Verfassungen wurden niemals selbst rechtmäßig eingeführt, da dies ja eine Verfassung vor der Verfassung voraussetzen würde; diese unauflösbare Aporie jeglichen Rechts sei hier nur angemerkt. Kein Grundrecht, keine Verfassung ist unantastbar. Aber das Grundeinkommen soll weder Gegenstand alltäglicher basisdemokratischer Entscheidungen noch von Beschlüssen lokaler Räte sein. Welche Form politische Herrschaft auch annimmt, das Grundeinkommen sollte den Tagesentscheidungen entzogen sein. Das Grundeinkommen setzt zwar einen gesamtgesellschaftlichen Willen zur Einführung und Sicherung voraus, ist aber kein Gegenstand alltäglicher Verhandlungen. Es sollte schon deshalb kein Gegenstand alltäglicher Entscheidungen sein, wie basisdemokratisch sie auch gefällt werden, da es ein hoch individuelles

Recht darstellt. Individuum – Gesellschaft, das sind seine Pole. Es schützt das Individuum ökonomisch vor den Wechselfällen der gesellschaftlichen Verhältnisse und Prozesse, es sollte das Individuum auch vor den Wechselfällen alltäglicher politischer oder rechtlicher Entscheidungen schützen. Nochmals, wir bewegen uns auf der Ebene der Rechtsaporie überhaupt: Das Grund- oder Verfassungsrecht soll den konjunkturellen Entscheidungen der politischen Macht entzogen sein, kann aber letztlich nur durch diese Macht gesichert und durchgesetzt werden. Diese Aporie bestimmt das Recht grundlegend, es betrifft auch das Recht auf das bedingungslose, garantierte Grundeinkommen.

Hinter dem Konzept des Grundeinkommens als wesentliches Moment eines künftigen Emanzipationsprozesses steht eine weitere Auffassung, die zu explizieren ist. Nämlich dass die sozialen Existenzbedingungen des Individuums das Kriterium für Befreiung schlechthin darstellen. Wie vermutet ist das Konzept des Grundeinkommens für mich eine Konsequenz aus dem Scheitern der Russischen und Chinesischen Revolution. Für Marx war die Entwicklung und Entfaltung der Individualität, die selbstredend auf bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen beruht, Zweck und Ziel des Emanzipationsprozesses. Die „volle und freie Entwicklung jedes Individuums“ (MEW 23; 618) ist Ziel und Maßstab der Entfaltung der Produktivkräfte. Dass das voll entfaltete Individuum das historische Endprodukt der geschichtlichen Entwicklung ist, formuliert Marx ohne zu zögern: „Die universal entwickelten Individuen, deren gesellschaftliche Verhältnisse als ihre eignen, gemeinschaftlichen Beziehungen auch ihrer eignen gemeinschaftlichen Kontrolle unterworfen sind, sind kein Produkt der Natur, sondern der Geschichte.“ (MEW 42; 95) Und in der *Deutschen Ideologie* postuliert Marx, dass die Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse das „empirisch universelle Individuum“ (MEW 3; 35) ermöglichen würde. Das Grundeinkommen alleine ist kein Garant für jene von Marx anvisierte universelle Entwicklung des Individuums. Aber die gesellschaftliche Garantie seiner ökonomischen Existenz, die Überwindung der Lebensnot und der Existenzängste ist zweifellos eine Vorbedingung. Dass das Individuum und seine Interessen und Bedürfnisse vor dem größeren Ganzen zurückzutreten habe, diese Auffassung können wir getrost als obsolet abhaken. Wir werden uns in diesem Text mit einigen Aspekten der Russischen Revolution und ihren seinerzeitigen Theorien auseinandersetzen. Der ML-Marxismus ist Geschichte, Polemik und Kritik sind insofern überflüssig, versuchen wir statt dessen zu verstehen. Aber wir können ganz unaufgeregt festhalten, dass die reale Existenzsituation der Individuen in jeder Phase eines möglichen Umwälzungsprozesses Ziel und Ausgangspunkt der Emanzipation sein muss.

Angesichts des Scheiterns der Russischen Revolution und der höchst problematischen Entwicklung in China ist es wohl Konsens, dass wir über kein gültiges Konzept für eine Übergangsgesellschaft verfügen. Viele Fragen sind offen, weder die Form der politischen Institutionen, noch das Verhältnis von Plan und Markt sind geklärt. Auch mein Plädoyer für das Grundeinkommen füllt diese Lücke nicht. Aber zumindest vermeidet dieses Konzept zwei Extreme. Nämlich einerseits aus Not eine

Tugend zu machen, wie die Formel „fragend gehen wir voran“ nahelegt. So orientierungslos, wie diese an sich sympathische Haltung unterstellt, ist eine kapitalismuskritische Perspektive doch wieder nicht. Andererseits fehlt es nicht an ausgetüftelten Vorschlägen die Welt zum Besseren zu wenden. Nicht wenige dieser Konzepte unterschätzen weitgehend die Konfliktstruktur der kapitalistischen Gesellschaft und appellieren oftmals blauäugig an Einsicht und Vernunft. Ebenso fokussieren manche Konzepte auf spezifische Details und können keine umfassende Perspektive entfalten. Oder, wie etwa der Mindestlohn, verbleiben die Forderungen vollständig im Rahmen der kapitalistischen Vergesellschaftung. Das Grundeinkommen hingegen weist nicht nur über den Kapitalismus hinaus, es beantwortet grundlegend die Frage, wie die Basisdistribution von Gütern im Prozess der Transformation geregelt werden soll. Es ist ein konkretes Projekt, aber es ist nicht konkretinistisch und erfordert keineswegs ein ganzes Bündel von ausgetüftelten Maßnahmen und Reformen.

Das Grundeinkommen und die Kritik des Gothaer Programms – ein Vergleich

Die kurze Schrift *Zur Kritik des Gothaer Programms* zählt wohl zu den am breitesten rezipierten Arbeiten von Marx. Seine dort getroffene Unterscheidung zwischen einer „ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft“, die noch durch Missstände und begrenztes bürgerliches Recht gekennzeichnet sein soll, und einer „höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft“, in der alle Mängel überwunden sein sollen und die „auf ihre Fahne schreiben [kann]: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ (MEW 19; 21), wurde unzählige Male interpretiert und wiederholt. Interessanter Weise wurde jene Passage, in der sich Marx klipp und klar für ein Stundenzettelmodell ausspricht von so gut wie fast allen Strömungen im Marxismus, allen voran die ML-Orthodoxie, vollständig ignoriert. Ich zitiere die entscheidende Stelle:

„Womit wir es hier zu tun haben, ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eignen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*, also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt. Demgemäß erhält der einzelne Produzent – nach den Abzügen – exakt zurück, was er ihr gibt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. Z.B. der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden. Die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstags, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, dass er soundso viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumationsmitteln soviel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der andern zurück.“ (MEW 19; 20)

Die Thematik der Stundenzettel als Maß der Verteilung in einer Übergangsgesellschaft taucht keineswegs erst in der *Kritik des Gothaer Programms* auf. Die Arbeitszeit

als Maß sowohl für die Regelung der gesellschaftlichen Gesamtproduktion als auch als Maß für die individuelle Konsumation, postuliert Marx bereits im *Kapital*.

„Nur zur Parallele mit der Warenproduktion setzen wir voraus, der Anteil jedes Produzenten an den Lebensmitteln sei bestimmt durch seine Arbeitszeit. Die Arbeitszeit würde also eine doppelte Rolle spielen. Ihre gesellschaftlich planmäßige Verteilung regelt die richtige Proportion der verschiedenen Arbeitsfunktionen zu den verschiedenen Bedürfnissen. Andererseits dient die Arbeitszeit zugleich als Maß des individuellen Anteils des Produzenten an der Gemeinarbeit und daher auch an dem individuell verzehrbaren Teil des Gemeinprodukts. Die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu ihren Arbeiten und ihren Arbeitsprodukten bleiben hier durchsichtig einfach in der Produktion sowohl als in der Distribution.“ (MEW 23; 93)

Es ist nun reizvoll, das Stundenzettelkonzept von Marx mit dem bedingungslosen Grundeinkommen zu vergleichen. Vielleicht verhilft dieser Vergleich auch dazu, so mancher Kritik am Grundeinkommen in Namen des Marxismus ein wenig den Wind aus den Segeln zu nehmen...

Während das Grundeinkommen keineswegs die unmittelbare Überwindung des Kapitalverhältnisses erfordert, unterstellt Marx in seinem Stundenzettelkonzept hingegen den Kollektivbesitz der Produktionsmittel. „Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit als *Wert* dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren.“ (MEW 19; 19f) Die Einführung von Zettel in einer über den Markt vermittelten Gesellschaft, die die verausgabte Arbeitszeit repräsentieren soll, hält Marx für eine Illusion. Proudhon hatte diesen Vorschlag seinerzeit unterbreitet, um derart die Ausbeutung verhindern zu wollen, so nach dem Motto: Wenn jeder Arbeiter statt eines Lohnes Stundenzettel erhält, wäre die Differenz zwischen Wert der Ware Arbeitskraft und der von dieser Arbeitskraft geschaffenen Wertmenge nicht mehr möglich; die Ausbeutung somit überwunden. Gerechtigkeit wäre verwirklicht, alle bekommen das zurück, was sie geben. Marx hat sich mit diesem Konzept ausführlich in seinem Manuskript von 1857/58, bekannt als *Grundrisse*, auseinandergesetzt. Seine Schlussfolgerung: Entweder muss dieses Konzept scheitern, oder es unterstellt bereits die Aufhebung des Kapitalismus. Es scheitert unter Warenverhältnissen schon an der einfachen Frage, wer den die Konvertibilität dieser Stundenzettel sichern kann? Die Bank, die Proudhon als Ausgabestelle und Garant der Konvertibilität Zettel - Arbeitsstunden vorschlägt, muss entweder die Zentralstelle einer Planwirtschaft darstellen, oder das Konzept der Stundenzettel scheitert. Wenn nämlich die ProduzentInnen ihre Waren keineswegs gegen die von der Bank bestimmten Anzahl der Stundenzettel tauschen möchten – und wer sollte sie dazu zwingen? – wäre in diesem Fall „der Bankzettel bloßes Papier“ (MEW 42; 88) Sollen diese Bankzettel aber gesellschaftliche Gültigkeit haben, müsse folgendes eintreten: „Genau dann besähen wäre die Bank nicht nur der allgemeine Käufer und Verkäufer:

sondern auch der allgemeine Produzent. In der Tat wäre sie entweder die despotische Regierung der Produktion und Verwalterin der Distribution, oder sie wäre in der Tat nichts als ein board, was für die gemeinsam arbeitende Gesellschaft Buch und Rechnung führte. Die Gemeinsamkeit der Produktionsmittel ist vorausgesetzt etc., etc.“ (MEW 42; 89) Die sich hinter dem Rücken vollziehende Regelung der Produktion via Wertgesetz müsse durch eine Planökonomie ersetzt werden, dann, so dachte Marx, wäre die Einführung von Stundenzetteln ein probates Mittel. Diese Bank „müsste die Arbeitszeit bestimmen, in der die Waren hervorgebracht werden können, mit den Durchschnittsmitteln der Industrie, die Zeit, in der sie hervorgebracht werden müssen. (...) Sie hätte auch die Zeit zu bestimmen, in der ein gewisses Quantum Produkte hervorgebracht werden muss und die Produzenten in solche Bedingungen zu setzen, dass ihre Arbeit gleich produktiv ist (...), sie hätte auch die Quanta Arbeitszeit zu bestimmen, die auf die verschiedenen Produktionszweige verwandt werden soll.“ (MEW 42; 89) Entweder – oder. Entweder ist der Warenstatus des Arbeitsproduktes überwunden und durch eine bewusste, planmäßige Regelung der Ökonomie ersetzt, dann haben Stundenzettel ihre Berechtigung, oder die vereinzelt ProduzentInnen finden ihre Vermittlung „durch den Austausch der Waren, den Tauschwert, das Geld, die alle Ausdrücke ein und desselben Verhältnisses sind.“ (MEW 42; 104) In diesem Falle produziert das Konzept der Stundenzettel nur die Illusion, Ausbeutung und Krisen könnten durch ein pfiffig ausgedachtes Reformgeld unter Beibehaltung des Privattauses überwunden werden. Proudhon steht mit seinem Konzept am Beginn einer langen Tradition der Geldpfuscherei, die über das Schwundgeld Silvio Gesells bis zum Vollgeld der Gegenwart führt. Wenn aber folgende Bedingungen gesellschaftlich realisiert sind, dann wäre der Stundenzettel ein notwendiges Mittel der Distribution, zumindest in der ersten historischen Phase nach dem Kapitalismus: „Gemeinschaftliche Produktion vorausgesetzt, bleibt die Zeitbestimmung natürlich wesentlich. (...) Ökonomie der Zeit sowohl die planmäßige Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiedenen Zweige der Produktion bleibt also erstes ökonomisches Gesetz auf Grundlage der gemeinschaftlichen Produktion. Es wird sogar in viel höherem Grade Gesetz.“ (MEW 42; 105)⁴⁷

Es existieren auch wesentliche Gemeinsamkeiten zwischen dem Marxschen Vorschlag und dem Grundeinkommen. Da ist einmal die Notwendigkeit, individuelle

⁴⁷ Ich will meinen LeserInnen keineswegs eine Erkenntnisperle aus dem Umkreis der Neuen Marx Lektüre vorenthalten. Ingo Elbe kommentiert den Vorschlag von Marx Stundenzettel einzuführen folgendermaßen: „Die kurzen Ausführungen zum Vergesellschaftungsprinzip in der Übergangsgesellschaft zeigen, dass auch Marx also gelegentlich den ‚seichten Utopismus eines ‚Arbeitsgelds‘ propagiert.“ (Quelle: Ingo Elbe, *Marx vs. Engels – Werttheorie und Sozialismuskonzeption*, www.rote-ruhr-uni.com/cms/Marx-vs-Engels-Werttheorie-und.html, abgerufen am 30.12.2013) Dass hinter dem „seichten Utopismus“ ein tatsächliches Problem steckt welches durch Verwendung von Kraftausdrücken nicht verschwindet wird von Elbe ebenso wenig gesehen, wie er die notwendige Arbeitszeit als objektive Basis der Werttheorie und vor allem als jede Produktionsweise transzendierende Größe anerkennen will. Einäugige Marxphilologie kombiniert sich mit fehlendem Urteilsvermögen.

Konsumation zu limitieren. Das oftmals zitierte Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ (MEW 19; 21) könne sich die Gesellschaft erst dann auf ihre Fahnen schreiben, wenn das Erbe der kapitalistischen Vergesellschaftung endgültig überwunden sei. Vor dieser Phase würden Stundenzettel vollständig das Ausmaß der möglichen Konsumation bestimmen. Das Grundeinkommen in maximaler Höhe bestimmt zwar nicht vollständig, aber weitgehend das Konsumvolumen der Individuen. Zum Grundeinkommen kämen weitere Einkommensquellen hinzu. Inwieweit stehen Gemeingüter zur Verfügung? Wird das Grundeinkommen in einer auf Dauer möglichen maximalen Höhe ausgegeben? Dies setzt wiederum ein bedeutendes Steueraufkommen voraus und eine politische Kraft, die auch in der Lage und gewillt ist, Steuerhinterziehungen zu verhindern. Wohl unterstellt Marx eine geldlose Wirtschaft, daher auch keine Steuern. Aber es gibt ein zu Steuern analoges Prinzip: „Nehmen wir zunächst das Wort „Arbeitsertrag“ im Sinne des Produkts der Arbeit, so ist der genossenschaftliche Arbeitsertrag *das gesellschaftliche Gesamtprodukt*. Davon ist nun abzuziehen: *Erstens*: Deckung zum Ersatz der verbrauchten *Produktionsmittel*. *Zweitens*: zusätzlicher Teil für Ausdehnung der Produktion. *Drittens*: Reserve- oder Assekuranzfonds gegen Missfälle, Störungen durch Naturereignisse etc. Diese Abzüge vom „unverkürzten Arbeitsertrag“ sind eine ökonomische Notwendigkeit und ihre Größe ist zu bestimmen nach vorhandenen Mitteln und Kräften, zum Teil durch Wahrscheinlichkeitsrechnung, aber sie sind in keiner Weise aus der Gerechtigkeit kalkulierbar.“ (MEW 19; 18) Beiden Konzepten ist gemeinsam, dass für eine Übergangsperiode ein limitierender ökonomischer Mechanismus zu institutionalisieren ist, der nicht aus dem Einkommen aus Kauf und Verkauf resultiert, also jenseits von Marktmechanismen gesellschaftlich einzuführen ist. Aber es existiert noch eine weitere, ganz wesentliche Gemeinsamkeit!

Es handelt sich in beiden Fällen um einen individuellen Rechtsanspruch, der den Entscheidungen politischer und sozialer Gremien entzogen sein soll. Wenn gesellschaftlich das Prinzip der Stundenzettel institutionalisiert wird, so steht dieses Prinzip selbst außer Streit. Das müsste auch für das Grundeinkommen gelten, wobei dessen Höhe, nicht das Prinzip selbst, Gegenstand von Entscheidungen ist. Aber auch die Höhe des Grundeinkommens besitzt einen objektiven Index. Das Ausmaß an Gütern und Dienstleistungen die ein Leben in Würde ermöglichen, ist nicht schlechthin subjektiv. Wer sich an spitzfindigen Überlegungen erfreuen möchte hätte hier ein Betätigungsfeld, aber tatsächlich wissen wir alle was ökonomisch ein Leben jenseits von Existenzangst und Not erfordert. Es wäre also durchaus vorstellbar, dass für eine Übergangsphase beides nebeneinander existiert. Einerseits noch die Lohnform, die jedoch in dem Maße relativiert wird in dem das Grundeinkommen erhöht wird, andererseits eben das Grundeinkommen, dass den Warenstatus der Arbeitskraft überwindet und allen ein unmittelbares Recht einräumt, in einem bestimmten Ausmaß zu konsumieren. Konsumation ist aber zugleich Produktion, wer konsumiert produziert, wer produziert, konsumiert und sei es „nur“ die eigene individuelle Arbeitskraft und die der Angehörigen. Das Grundeinkommen ist also auch als Grundlage der Produktion, insbesondere im informellen Sektor bedeutsam. Wäh-

rend die Lohnform den noch weiterbestehenden Warenverhältnissen entspricht, anerkennt das Grundeinkommen die allgemeine gesellschaftliche Existenz des Menschen und seinen nicht messbaren Beitrag zur Gesellschaft. Da es jenseits des Marktprinzips distribuiert wird, ermöglicht es auch Produktion jenseits des Marktprinzips.

Die Ausgabe der Stundenzettel für die geleistete Arbeit minus eines Abzugs für Vortragsbildung und Versorgung der nicht Arbeitsfähigen soll also nach Marx ein Recht darstellen. Ein Recht, das Marx als bürgerlich bezeichnet, und zwar aus folgendem Grund:

„Das gleiche Recht ist hier daher immer noch - dem Prinzip nach - das bürgerliche Recht, obgleich Prinzip und Praxis sich nicht mehr in den Haaren liegen, während der Austausch von Äquivalenten beim Warenaustausch nur im Durchschnitt, nicht für den einzelnen Fall existiert. Trotz dieses Fortschritts ist dieses gleiche Recht stets noch mit einer bürgerlichen Schranke behaftet. Das Recht der Produzenten ist ihren Arbeitslieferungen proportionell; die Gleichheit besteht darin, dass an gleichem Maßstab, der Arbeit, gemessen wird. Der eine ist aber physisch oder geistig dem andern überlegen, liefert also in derselben Zeit mehr Arbeit oder kann während mehr Zeit arbeiten; und die Arbeit, um als Maß zu dienen, muss der Ausdehnung oder der Intensität nach bestimmt werden, sonst hörte sie auf, Maßstab zu sein. Dies gleiche Recht ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit. Es erkennt keine Klassenunterschiede an, weil jeder nur Arbeiter ist wie der andre; aber es erkennt stillschweigend die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit der Arbeiter als natürliche Privilegien an. Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht.“ (MEW 19; 20f)

Oftmals wird diese Passage nur zitiert, um sofort die Mängel des bürgerlichen Rechts herauszustreichen um dann auf die postulierte Überwindung hinzuweisen, wir haben die Phrase des „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ bereits erwähnt. So rasch wollen wir jedoch nicht vorgehen. Die Anwendung desselben Rechts auf alle Personen, wie unterschiedlich sie auch sein mögen, wird von Marx explizit als Errungenschaft der bürgerlichen Revolution gefeiert. In Form der politischen Revolution hätte sich der Mensch via Staat von den Beschränkungen und den Besonderheiten seiner sozialen Existenz emanzipiert. „Die *politische* Emanzipation ist allerdings ein großer Fortschritt, sie ist zwar nicht die letzte Form der menschlichen Emanzipation überhaupt, aber sie ist die letzte Form der menschlichen Emanzipation *innerhalb* der bisherigen Weltordnung.“ (MEW 1; 356) In der von mir zitierten Frühschrift *Zur Judenfrage* fasst Marx den Staat primär unter dem Gesichtspunkt der entfremdeten Form der Emanzipation. Der strukturelle Gegensatz von Staat und Gesellschaft begründet auch die Möglichkeit der Nichtidentität von sozialer und politischer Herrschaft, die in der „Feudalität“ (MEW 1; 367) noch identisch war. Die Herausbildung des modernen Staates und die Anerkennung aller Menschen als im Prinzip gleicher und freier Rechtssubjekte fallen in eins. „Der Staat hebt den Unterschied der *Geburt*, des *Standes*, der *Bildung*, der *Beschäftigung* in seiner Weise auf, wenn er Geburt, Stand, Bildung, Beschäftigung für *unpolitische* Unterschiede erklärt,

wenn er ohne Rücksicht auf diese Unterschiede jedes Glied des Volkes zum *gleichmäßigen* Teilnehmer der Volkssouveränität ausruft, wenn er alle Elemente des wirklichen Volkslebens von dem Staatsgesichtspunkt aus behandelt.“ (MEW 1; 354) Marx geht sogar so weit, das allgemeine und gleiche Wahlrecht als politische Aufhebung des Privateigentums zu bezeichnen. „Der Staat als Staat annulliert z.B. das *Privateigentum*, der Mensch erklärt auf *politische* Weise das Privateigentum für *aufgehoben*, sobald er den *Zensus* für aktive und passive Wählbarkeit aufhebt, wie dies in vielen nordamerikanischen Staaten geschehen ist.“ (MEW 1; 354)

Überwindung des bürgerlichen Rechts kann zweierlei bedeuten: Tatsächliche Überwindung oder schlichtweg Rückfall in Willkür und Rechtlosigkeit. Wie immer wir die reale Möglichkeit des Prinzips „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ auch einschätzen, für eine Übergangsperiode können und müssen wir an dem von Marx als bürgerliches Recht bezeichnete Institution festhalten. Sowohl das Grundeinkommen wie auch die von Marx vorgeschlagenen Stundenzettel sind nach demselben Rechtsprinzip konstruiert. Unabhängig von konkreten Unterschieden sollen alle Menschen gleichbehandelt werden. Und zwar nicht bloß auf formal rechtlicher, sondern auf konkret ökonomischer Basis. Grundeinkommen wie Stundenzettel sollen als Grundrecht institutionalisiert werden. Wer nun das Grundeinkommen ablehnt und zum Vorschlag von Marx schweigt, hätte eine Alternative anzubieten. Eine Gesellschaft im Übergang benötigt einen rechtsverbindlichen Distributionsmechanismus jenseits von Markt und Staat. Weder der Erfolg oder Misserfolg auf dem Markt noch wechselnde Entscheidungen von Staatsorganen, die sich an bestimmten und austauschbaren Kriterien orientieren (z.B. Bedürftigkeit, sozialer Status usw.), soll Ausmaß der individuellen Konsumation bestimmen. Überwunden kann dieser Rechtshorizont erst in einer möglichen kommenden Gesellschaft, die sich vollständig vom Erbe des Kapitalismus emanzipiert hat. Ob und wann eine solche Gesellschaft Realität werden kann, können wir durchaus offen lassen. Es geht bei Überlegungen bezüglich Transformation darum, die Bilanz der gescheiterten Revolutionen mit hier und heute in Angriff zu nehmenden Projekten zu verknüpfen. Da das Grundeinkommen jedoch Einkommen von der gesellschaftlich dominanten Form des Erwerbs abkoppelt, verbleibt es der Form nach im bürgerlichen Rechtshorizont, dem Inhalt nach jedoch überschreitet es das kapitalistische Marktprinzip. Halten wir fest: Nach Marx soll in einer sozialistischen Gesellschaft das Maß der Verteilung keineswegs durch politische Entscheidungen, sei es durch eine Partei, sei es demokratisch durch Räte oder Ähnliches, sondern aus der geleisteten Arbeit mittels Stundenzettel bestimmt werden. Nicht politische Entscheidung oder ökonomische Planung, auch nicht ökonomische Anreize in Form von Lohndifferenzierungen, sondern eine Rechengröße als Basis eines Rechtsanspruches - so und nur so konnte Marx sich die nachkapitalistische Gesellschaft bezüglich der individuellen Konsumationsrechte in ihrer ersten Phase denken. Genau dieses Prinzip teilen sein Vorschlag und das Konzept des Grundeinkommens.

Allerdings müssen gegen das Konzept der Stundenzettelökonomie einige Einwände erhoben werden. Der einfachste und unmittelbar ins Auge springende ist jener der

Messbarkeit. Es muss nämlich nicht nur die individuell geleistete Arbeit, sondern auch die zur Produktion eines bestimmten Gutes geleistete Arbeitszeit bestimmt werden und beide müssen gesamtgesellschaftlich gleiche Größen ergeben, sonst kommt es zu einer de facto Ab- oder Aufwertung der Stundenzettel.⁴⁸ Sollen Stundenzettel tatsächlich funktionieren, sind die Quanta Arbeitszeit zu bestimmen, die auf die verschiedenen Produktionszweige verwandt werden, wobei die einzelnen Produktionszweige in adäquaten Proportionen zueinander stehen müssen. Doch welche Arbeit hat Marx eigentlich im Blick, wenn er für Produktion wie Distribution Stundenzettel fordert? Es ist wohl zulässig, die durch Stundenzettel zu entlohnende Arbeit in der *Kritik des Gothaer Programms* mit der ehemaligen Lohnarbeit der früheren kapitalistischen Ökonomie gleichzusetzen. Was sich 1875 gesellschaftlich in gewissem Grade rechtfertigen ließ, nämlich der strikte Fokus auf die offizielle Lohnarbeit als Ausgangsbasis für eine Planwirtschaft, die in der Übergangsgesellschaft auf Stundenzettelbasis entlohnt werden soll, ist aktuell unmöglich. Arbeit findet keineswegs nur innerhalb des Erwerbssektors statt, die Arbeitsstunden, die außerhalb des offiziellen ökonomischen Sektors geleistet werden übertreffen die im Erwerbssektor geleisteten. Die aktuelle Bedeutung der informellen Arbeit und der Gemeinwirtschafts-ökonomie wird unterschiedlich eingeschätzt, dass diese Art der Tätigkeit in einer nachkapitalistischen Gesellschaft auch ökonomisch anerkannt und gefördert werden soll, darüber besteht innerhalb von gesellschaftskritischen Kreisen wohl Konsens. Zum Problem der Messbarkeit gesellt sich zudem das Problem der Bewertung. Was soll überhaupt als Arbeit gelten, wer entscheidet darüber? Wie wird Haus- und Pflegearbeit bewertet, wie Arbeit in sozialen Zusammenhängen? Welche gesellschaftliche Institution soll die Kompetenz besitzen, darüber zu entscheiden? Die Antwort aus der Perspektive des Grundeinkommens; keine.

Schließen wir den Vergleich Grundeinkommen – Stundenzettel mit folgender Bilanz ab: Beide Konzepte stimmen insofern überein, als sie ein individuelles Recht als Basis der Distribution postulieren. Damit soll ausgeschlossen werden, dass sich das Individuum auch hinsichtlich seiner ökonomischen Konsumation vorgeblich höheren Zwecken zu unterwerfen hat, egal ob sich diese nun „Erfordernisse der Wirtschaft“ oder „Aufbau des Sozialismus“ nennen. Stundenzettel werfen jedoch eine ganze Reihe von Problemen bezüglich Messung und Bewertung im Gegensatz zum Grundeinkommen auf. Das Konzept des Grundeinkommens verfügt noch über einen weiteren Vorteil: Der Prozess der Emanzipation, und daran lässt Marx keinen Zweifel,

⁴⁸ Marx selbst hatte offenbar gewisse Zweifel, ob die individuelle Arbeitszeitmessung so einfach durchzuführen wäre: „Die Arbeitszeit, die in ihr enthalten ist, braucht nur authentisch verifiziert zu sein, (was nebenbei nicht so leicht ist, wie die Feinheit und das Gewicht von Gold und Silber erproben.)“ (MEW 42; 87) Die Internationalen Kommunisten Holland, die vehement das Stundenzettelmodell favorisierten, meinten, dass aus der Kommandohöhe einer Staatswirtschaft sich die Arbeitszeit keineswegs, an der Basis der Produktion jedoch ohne Probleme feststellen ließe: „Was Kautsky von seiner ökonomischen Zentrale aus nicht kann, nämlich feststellen, wieviel verdinglichte Arbeitszeit ein Produkt auf seinem langen Weg der Teilarbeiten im Produktionsprozess aufgenommen hat, das können die Produzenten selbst sehr gut.“ (GIK 1971; 49)

muss selbstverständlich bereits im Kapitalismus beginnen. Die Elemente der neuen Gesellschaft müssen bereits in der alten entstehen. Im Gegensatz zur Stundenzettelökonomie, die, soweit ich sehe, aktuell von niemandem favorisiert wird, wird das Grundeinkommen von den verschiedensten Kräften eingefordert. Das Bedürfnis, den Kapitalismus zu überwinden, kann nur die Kehrseite des Bedürfnisses sein, die Elemente der Emanzipation und Befreiung, die immer auch die eigene Veränderung mit einschließt, auszubauen, weiterzuführen und zu verstärken.

Exkurs: Das Problem der politischen Konstitution in einer Übergangsgesellschaft

Das Grundeinkommen hat gegenüber dem von Marx favorisierten Modell einen weiteren, nicht zu unterschätzenden Vorteil. Das Marxsche Distributionsmodell unterstellt nicht nur die vollständige Überwindung des Kapitalverhältnisses, sondern auch eine politische Herrschaft, die sich der Entwicklung einer nachkapitalistischen Gesellschaft verpflichtet fühlt. Die *Kritik des Gothaer Programms* zählt zu den ganz wenigen Texten, in denen Marx die Formel der „Diktatur des Proletariats“ (MEW 19; 28) verwendet.⁴⁹ Wenn wir uns nicht bloß am Wort, sondern an den Inhalten orientieren, so lassen sich grob zwei verschiedene Akzente bezüglich einer künftigen politischen Herrschaftsform des Proletariats bei Marx erkennen. Einerseits orientiert sich Marx ab 1871 sehr stark am Vorbild der Pariser Kommune, die ihm als Vorbote einer politisch organisierten Herrschaft der ArbeiterInnenklasse erscheint, andererseits rekurriert er auf die Formel der sachlichen Verwaltung von Sachen. Dies lassen Formulierungen wie die folgenden vermuten, in denen Marx etwa davon spricht, eine Gesellschaft, die gemeinsam die Produktionsmittel besitzen würde, benötige bloß „ein board, was für die gemeinsam arbeitende Gesellschaft Buch und Rechnung führte.“ (MEW 42; 89) Im II. Band des *Kapital* meint er, eine nachkapitalistische Gesellschaft bedürfe bloß einer „Buchführung als Kontrolle und ideeller Zusammenfassung“ (MEW 24; 137) der Produktion. Marx dürfte also der Ansicht gewesen sein, eine kommunistische Gesellschaft beruhe in ihrem Reifestadium auf rein objektiv-sachlichen Grundlagen, auf jederzeit problemlos objektivierbaren Faktoren, wie etwa der geleisteten und durch Stundenzettel messbaren Arbeitszeit. Kurz gesagt, Marx stellt die Notwendigkeit einer politischen Herrschaft in einer entwickelten kommunistischen Gesellschaft überhaupt in Frage. Das mag für eine zukünftige, ferne kommunistische Gesellschaft möglich sein, sicher nicht für eine Gesellschaft im Übergang. In der Phase des Übergangs müssen wir zweifellos politische Pluralität und das

⁴⁹ Auf Basis der bisher in den MEW veröffentlichten Texten dürfte Marx die Wendung „Klassendiktatur des Proletariats“ nur in der Schrift *Klassenkämpfe in Frankreich* (MEW 7; 89) und in einem Brief an Weydemeyer (MEW 28; 507f.) verwendet haben. Engels benützt dieses Wort ein wenig öfters, bezieht diesen Terminus aber explizit auf die Pariser Kommune: „Der sozialdemokratische Philister ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. Nun gut, ihr Herren, wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats.“ (MEW 17; 625)

weiterbestehen sozialer Konflikte annehmen. Während das Marx'sche Distributionsmodell die gesicherte Herrschaft der ArbeiterInnenklasse voraussetzt, erfordert das Grundeinkommen bloß – ein bloß, das unter Anführungsstriche zu setzen ist – den politisch durchgesetzten und gesicherten Willen, das Grundeinkommen zu institutionalisieren. Inwieweit der Staat weiter existiert, inwieweit er durch ein Rätemodell abgelöst oder relativiert wird, welche Form also die politische Herrschaft in einer Übergangsgesellschaft annehmen wird – alle diese Fragen lässt das Konzept des Grundeinkommens offen. Ich halte dies für einen wesentlichen Vorteil dieser Forderung und wäre auf Einwände aus dem Lager der marxistisch inspirierten KritikerInnen am Grundeinkommen gespannt.

Die Grenzen des emanzipatorischen Gehalts von Planwirtschaft: die Emanzipation des Individuums

Marx lässt keinen Zweifel daran, dass Grundlage und Basis einer freien Gesellschaft eine bewusst geregelte Ökonomie sein muss. Folgende Passage mag für weitere stehen: „Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, dass der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn.“ (MEW 25; 828) Was Marx hier als überwunden zu antizipieren versucht ist jener Umstand, den ich die große Figur der Entfremdung bezeichne habe.⁵⁰ Selbst wenn alle einzelnen ökonomischen Akteure rational und planend handeln, so kann sich die kapitalistische Produktionsweise nur krisenhaft hinter dem Rücken aller Beteiligten stabilisieren. Die Krise ist stets ein wesentliches Moment zur Durchsetzung der nötigen ökonomischen Gleichgewichtsverhältnisse; insofern ist der Krisenmechanismus unabdingbar mit dem Kapitalismus verbunden, da „sich in den zufälligen und stets schwankenden Austauschverhältnissen ihrer Produkte die zu deren Produktion gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit als regelndes Naturgesetz gewaltsam durchsetzt, wie etwas das Gesetz der Schwere, wenn einem das Haus über dem Kopf zusammenpurzelt.“ (MEW 23; 89) Dieser objektive Krisenbegriff widerspricht nach meinem Dafürhalten keineswegs der Einsicht, dass Krise auch ein probates Mittel der herrschenden Klassen ist, das Klassenverhältnis in neuen Formen zu rekonstruieren – ich verweise in diesem Zusammenhang auf den vorhergehenden Aufsatz in diesem Band *Vom Fordismus zum Postfordismus/Neoliberalismus*. Die Überwindung des krisenhaft hinter dem Rücken wirkenden Wertgesetzes wurde von Engels in seiner Schrift *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft*, besser bekannt als *Anti-Dühring*, gleichsam nochmals überhöht. Engels spricht oftmals von der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise, um das hinter dem Rücken der Produzenten Wirkende zu betonen. Gewissermaßen sei die Gesellschaft dem Wertgesetz ausgeliefert. Nicht

⁵⁰ Diesen Ausdruck verwende ich in meinem Buch „Prozesse der Befreiung. Marx, Spinoza und die Bedingungen eines freien Gemeinwesens“, Münster 2011.

die Menschen beherrschen die Ökonomie, die ökonomischen Gesetze beherrschen die Menschen. Dem gegenüber setzt Engels den Plan. In einer Gesellschaft, in der die Produzenten bewusst die Ökonomie planen würden, sei dieses Verhältnis umgekehrt. Nun bestimmten nicht mehr anonyme Gesetze den Lauf und Gang der Ökonomie, sondern die bewussten Produzenten. An euphorischen Worten lässt es Engels nicht fehlen, um die geschichtliche Bedeutung dieses Gegensatzes herauszustellen: „Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion wird ersetzt durch planmäßig bewusste Organisation. Der Kampf ums Einzeldasein hört auf. Damit scheidet der Mensch, in gewissem Sinne, endgültig aus dem Tierreich, tritt aus tierischen Daseinsbedingungen in wirklich menschliche.“ (MEW 20; 264)

Die Frage, wie sich das Verhältnis von Markt und Plan in einer Übergangsperiode darstellt und ebenso die Problematik von umfassender Wirtschaftsplanung selbst, möchte ich hier ausklammern. Ich kann nur nochmals darauf verweisen, dass wir über keine geschichtlichen Erfahrungen mit geglückten Transformationsprozessen verfügen.⁵¹ Mir geht es jetzt darum, die Grenzen des emanzipatorischen Gehalts von Planwirtschaft an sich zu diskutieren. Wir finden bei Marx nämlich nicht nur die von mir so genannte große Figur der Entfremdung, sondern vor allem auch die Analyse der entfremdeten Arbeit. Eine Aufhebung dieser Entfremdung setzt die Souveränität des Individuums über seine höchst individuelle Arbeitstätigkeit voraus! Anders gesagt, im Arbeitsprozess selbst muss der Mensch als bestimmendes, seine gesellschaftlichen Wesenskräfte entäußerndes Individuum agieren können. Auch Engels greift diesen Gedanken von Marx auf, insbesondere als Kritik an der Arbeitsteilung. „Indem die Arbeit geteilt wird, wird auch der Mensch geteilt.“ (MEW 20; 272) Die Universalität und Allseitigkeit der Individuen ist für Marx und ebenso für Engels, Ziel und Basis der menschlichen Emanzipation schlechthin. Es bedarf schon einer sehr einseitigen, um nicht zu sagen manipulativen Lektüre der Marxschen Schriften um nicht zu erkennen, dass der Arbeitsbegriff das Marxsche Konzept und Verständnis von Emanzipation und Befreiung trägt. Im Kapitalverhältnis findet die Verkehrung und Hemmung des in der Arbeit angelegten befreienden Potentials ihre letzte und vollendete Form der Entfremdung. Die Möglichkeit der Reduktion der notwendigen Arbeitszeit und die Entwicklung des Individuums als wesentlichste Produktivkraft lassen die Aufhebung der Entfremdung als realistisches geschichtliches Projekt zu. Diese Aufhebung erschöpft sich keineswegs in der Errichtung einer Planwirtschaft, sondern findet vor allem in einem qualitativ neuen Verhältnis des Individuums zum gesellschaftlichen Arbeitszusammenhang ihren Ausdruck. Im Marxschen Theoriekontext meint Individuum nicht ein der Gesellschaft vorhergehendes Subjekt, sondern Individualität wird als gesellschaftlich konstituiertes Vermögen verstanden. In einer geradezu überschwänglichen Formulierung schreibt Marx, die Proletarier müssen „um persönlich zur Geltung zu kommen, ihre eigne bisherige Existenzbedingung,

⁵¹ Einen interessanten und lesenswerten Versuch einer Bilanz der Planversuche unter sozialistischem Vorzeichen mit Ausblick auf mögliche Übergangsprozesse hat unter anderem Heinrich Harbach in *Wirtschaft ohne Markt* unternommen. Heinrich Harbach (2011) „Wirtschaft ohne Markt. Transformationsbedingungen für ein neues System der gesellschaftlichen Arbeit.“, Berlin

die zugleich die der ganzen bisherigen Gesellschaft ist, die Arbeit, aufheben. Sie befinden sich daher auch im direkten Gegensatz zu der Form, in der die Individuen der Gesellschaft sich bisher einen Gesamtausdruck gaben, zum Staat, und müssen den Staat stürzen, um ihre Persönlichkeit durchzusetzen.“ (MEW 3; 77)

Die Einführung einer Planwirtschaft kann also nur die halbe Emanzipation sein. Ja sie trat, wie die geschichtlichen Beispiele zeigen, sogar in den Gegensatz zur Emanzipation. Das individuelle Schicksal und die individuellen Bedingungen der sozialen Existenz sollten den Erfordernissen des Planes untergeordnet werden. So erneuerte sich Entfremdung, nicht mehr das Kapitalverhältnis, sondern der Staatsplan trat den Individuen als fremdbestimmend entgegen. Wir verstehen nun besser die Animositäten mancher AutorInnen gegen das Konzept des Grundeinkommens, die sich mehr oder minder dem ML-Marxismus verpflichtet fühlen. Das Grundeinkommen kontrastiert die teilweise offen postulierte Unterordnung des Individuums unter den Aufbau des Sozialismus und der Entwicklung der Planwirtschaft. Oder es erinnert zumindest an diese Unterordnung.

Zur Weichenstellung bei Lenin

Lenins berühmte und viel diskutierte Imperialismusschrift *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* interessiert uns jetzt vor allem unter den Aspekten der Fetischisierung des Plans und der Ignoranz gegenüber den tatsächlichen Kompetenzen und Emanzipationsmöglichkeiten des Proletariats. Als Beschreibung des Gesichts der kapitalistischen Produktion des ausgehenden 19. Jahrhunderts ist Lenins Arbeit durchaus zutreffend; gigantische Trusts, sich bildende Monopole die umfassende Planungen benötigten, massive Staatsplantendenzen angesichts der Notwendigkeit von Planung für den Krieg, bestimmten tatsächlich die Ökonomie. Lenin verfasste den Text 1916, also während des 1. Weltkrieges. Entscheidend und bedeutsam ist jene Wendung, die Lenin der marxischen These gibt, die Elemente der neuen Gesellschaft müssten in der alten entstehen, ansonsten „wären alle Sprengversuche Donquichoterie“ (MEW 42; 93) Diese Elemente identifiziert Lenin mit dem Plan, der Verstaatlichung und den Monopolen, diese sollen bereits objektiv nachkapitalistische Verhältnisse antizipieren. „Die Konkurrenz wandelt sich zum Monopol. Die Folge ist ein gigantischer Fortschritt in der Vergesellschaftung der Produktion.“ (Lenin AW I/783) Mit keiner einzigen Zeile geht Lenin in seiner Imperialismusschrift auf die Frage ein, ob der Monopolkapitalismus, um bei der Terminologie Lenins zu bleiben, die Kompetenzen, die Fähigkeiten, das Selbstbewusstsein, kurzum die realen sozialen Beziehungen innerhalb und außerhalb der Produktionssphäre befördert oder minimiert? Stiegen oder sanken durch das Monopol die Chancen für die Überwindung der Arbeitsteilung? Und wie verändert das Monopol das Geschlechterverhältnis, ein Thema, das Engels stets wichtig war? Erfordert diese neue Phase des Kapitalismus Zugeständnisse an die Kompetenzen und mehr Entscheidungsmöglichkeiten für die Werktätigen im Arbeitsprozess, oder treibt sie Arbeitsteilung und Dequalifikation voran? Lenin ignorierte solche Fragestellungen nicht nur. Im Gegenteil, er erklärte die Selbstbefreiung des Proletariats für eine schiere Unmöglichkeit.

Dass sich das Proletariat in seinem Streben nach Befreiung und nach Emanzipation aus der kapitalistischen Verwertungsmühle selbst befreien könnte, war für Lenin undenkbar. Die These von der Unfähigkeit zur Selbstemanzipation formulierte Lenin schon 1902 in der Schrift *Was Tun?* Die Begründung erfolgt auf mehreren Ebenen; einerseits argumentiert Lenin mit der besonderen Situation in Russland, andererseits meint er, sehr allgemeine Überlegungen sprächen für sein Konzept einer Organisation von Berufsrevolutionären. Als konjunkturelle Faktoren führt Lenin das Zirkelwesen⁵² sowie die Illegalität⁵³ an. Prinzipieller ist das Argument der Bildungskluft zwischen ArbeiterInnen und Mittelschicht. Auf der empirisch-soziologischen Ebene war es sicher richtig, dass um die Jahrhundertwende Bildung ein Privileg der bürgerlichen Schichten war. So simpel soziologisch das Faktum auch war, so simpel führt es Lenin auch an: „Der Träger der Wissenschaft ist aber nicht das Proletariat, sondern die bürgerliche Intelligenz, in einzelnen Mitgliedern dieser Schicht ist auch der moderne Sozialismus entstanden und durch sie erst geistig hervorragenden Proletariern mitgeteilt worden, die ihn dann in den Klassenkampf des Proletariats hineintragen, wo die Verhältnisse es gestatten.“ (Lenin AW 1; 174) Diese Worte sind von Kautzky und Lenin zitiert sie mit Begeisterung. Lenins schlussendliches Resümee, „Wir haben gesagt, dass die Arbeiter ein sozialdemokratisches Bewusstsein gar nicht haben können. Dieses konnte ihnen nur von außen gebracht werden.“⁵⁴ (Lenin AW 1; 166)

Die Prozesse, die Erfahrungen und Widerständigkeiten in den Poren des Alltags, die Erfordernisse, Zumutungen aber auch die Möglichkeiten von Emanzipation im und durch den Arbeitsprozess – alle diese Faktoren sind für Lenin letztlich sekundär. Aber nicht nur das Bewusstsein, auch die Strukturen einer nachkapitalistischen Ökonomie kommen von außen auf das Proletariat zu. Die Monopole, die Ansätze von geplanter Staatswirtschaft, nicht zuletzt ein Erfordernis des 1. Weltkrieges, haben, so die Sichtweise Lenins, nichts mit dem Widerstand und den Bedürfnissen der ArbeiterInnen zu tun. Dass die politische Macht zu einem ganz entscheidenden Faktor werden muss, geht mit zwingender Notwendigkeit aus dieser Sichtweise hervor. Denn die Partei der Berufsrevolutionäre, die die ArbeiterInnenmassen aufzuklären haben, will nicht bloß Avantgarde im Wortsinne des Voranschreitens einer Vorhut

⁵² Der Marxismus war unter den Intellektuellen und den StudentInnen sehr verbreitet. Fast in jeder Stadt nahmen diese Kreise Kontakt zu den ArbeiterInnen auf, und agitierten gemeinsam gegen die kapitalistische Ausbeutung. Lokal entstanden, agitierten diese Gruppen auch lokal, und so gab es eine ganze Reihe von Zeitungen und Flugschriften. Lenin bezeichnet diese Form der politischen Tätigkeit recht abfällig als Handwerkelei. Diese dezentralen Netze entzogen sich natürlich auch der Kontrolle und Leitung eines Zentrums, das allerdings Lenin unbedingt installieren wollte.

⁵³ Die Illegalität erfordere eine Gruppe von straff organisierten Berufsrevolutionären, so Lenin.

⁵⁴ Lenin war damals noch Mitglied der II. Internationale, „sozialdemokratisch“ steht also für revolutionär marxistisch. Eine weitere Formulierung dieser Grundthese findet sich weiter hinten im Text: „Das politische Klassenbewusstsein kann dem Arbeiter nur von außen gebracht werden, das heißt aus einem Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern.“ (LW 1; 211)

sein. Sie will im Grunde das politisch handelnde und intervenierende Proletariat selbst. Nur in Form der Partei könne das Proletariat die gesellschaftliche Bühne betreten. Von diesem Selbstverständnis ausgehend kann Lenin die Vorwürfe, die Bolschewiki würden statt der Diktatur des Proletariats eine Diktatur über das Proletariat errichten, nicht einmal wirklich verstehen. „Schon allein die Fragestellung, Diktatur der Partei oder Diktatur der Klasse? – Diktatur (Partei) der Führer oder Diktatur (Partei) der Massen?, zeugt von einer ganz unglaublichen und uferlosen Begriffsverwirrung.“ (Lenin GW 31; 26) Da Lenin nicht einmal im Traum am Repräsentationsprinzip zweifelt – irgendwer muss das Proletariat repräsentieren; es muss sich in irgendeiner Kraft artikulieren –, interpretiert er diese Kritik wiederum im Sinne seiner Parteitheorie. Folgende Passage zeigt die Verständnislosigkeit Lenins für das Problem der Repräsentation. „Jedermann weiß, (...) dass die Klassen gewöhnlich und in den meisten Fällen, wenigstens in den modernen zivilisierten Ländern, von politischen Parteien geführt werden; dass die politischen Parteien in der Regel von mehr oder minder stabilen Gruppen der autoritativsten, einflussreichsten, erfahrensten, auf die verantwortungsvollsten Posten gestellten Personen geleitet werden, die man Führer nennt. Das sind alles Binsenwahrheiten. Das alles ist einfach und klar.“ (Lenin GW 31; 26) Wer die Bolschewiki der Diktatur über die Klasse bezichtigt, will in Wirklichkeit selbst Diktator sein, so Lenins halb ausgesprochene Schlussfolgerung, die wiederum nicht ganz von der Hand zu weisen war. Die oftmals zitierte Formel von Lenin, Kommunismus sei gleichzusetzen mit Sowjetmacht plus Elektrifizierung, kann als Kommunismus ist gleich Macht der Partei plus Planwirtschaft, dechiffriert werden. Dass in diesem Konzept kein Platz für das Grundeinkommen sein kann, liegt auf der Hand. Aber selbst der Gegensatz von Plan und Markt hatte in den Jahren nach der Oktoberrevolution kaum Bedeutung. Die unmittelbare Lage nach dem Oktober 1917 dürfte wohl bekannt sein: ein beginnender Bürgerkrieg, eine praktisch zum Stillstand gekommene schwache Industrie, ein schmales, durch Entbehren und Hunger geschwächtes Proletariat, eine bedeutende Bauernschaft. Wohl gab es um 1919 und 1920 eine Debatte um ein alternatives Maß der Wirtschaftsplanung, welches das Geld ersetzen sollte. Joseph Green erwähnt als beteiligte Diskutanten Chayanov, Klepikov, Shmelev und Strumilin⁵⁵, doch nur hoch spezialisierten HistorikerInnen werden diese Namen etwas sagen. Praktische Bedeutung hatten diese Diskussionen keine, stattdessen musste ab 1921 das Marktprinzip akzeptiert werden, die Neue Ökonomische Politik (NEP) bestimmte bis zur Wende 1927 die wirtschaftliche Realität Russlands. Damit verschob sich der kommunistische Anspruch auf die politische Macht der Partei und ihrem Wollen, den Kommunismus einzuführen. Lenin hat dies in seinen Schriften nach 1917 auch sehr offen und klar ausgesprochen: Das sozialistische Element gründe letztlich allein im festen Willen, den Sozialismus aufzubauen. „Kein einziger Kommunist hat wohl auch bestritten, dass die Bezeichnung ‚Sozialistische Sowjetrepublik‘ die Entschlossenheit der Sowjetmacht bedeutet, den

⁵⁵ <http://home.flash.net/~comvoice/26cLaborHour2.html>, zuletzt abgefragt am 22. 12. 04

Übergang zum Sozialismus zu verwirklichen, keineswegs aber, dass die jetzigen ökonomischen Zustände als sozialistisch bezeichnet werden.⁶⁵⁶ (Lenin GW 32; 342) Die Elemente der Staatsplanwirtschaft im Kontext der NEP werden von Lenin wiederum recht offen als Staatskapitalismus bezeichnet. Aufbau einer industriellen Staatsplanwirtschaft und Erhaltung der Staatsmacht angesichts von Bürgerkrieg, Unruhen und Aufständen und dem Wirken des Marktprinzips; diese miteinander verflochtenen Themen kennzeichnen primär die theoretischen, auf die Situation in Russland selbst bezogenen Überlegungen Lenins. Nach Lenins Tod vollzog die Führung unter Stalin ab 1927/28 einen scharfen Kurswechsel, die NEP wurde beendet, die Landwirtschaft zwangskollektiviert und die Staatsplanwirtschaft systematisch ausgebaut. Individuelle Rechte auf einen Anteil des gesellschaftlich produzierten Reichtums waren dabei nicht vorgesehen.

Trotzkis Einschätzung der Sowjetunion – der Plan wird endgültig zum Fetisch

Mit etwas ironischem Augenzwinkern könnte gesagt werden, der eigentliche Begründer für die Auffassung Trotzki's auch nach seiner Niederlage im Fraktionskampf, Russland sei trotz allem ein Arbeiterstaat, wenn auch „deformiert“, ist Eugen Preobrazensky gewesen. In seiner 1926 verfassten Schrift *Die Neue Ökonomie* legte er die Grundlage für die Fetischisierung der Staatsplanwirtschaft, die Trotzki später zu seiner Theorie des deformierten Arbeiterstaates ausbauen sollte. Prinzipiell fügte sich diese Arbeit völlig in das von Lenin formulierte Paradigma: Aufbau des Sozialismus und Festigung der Parteiherrschaft erfordere den raschen Aufbau einer potenten Staatsindustrie, die nach der Revolution fast vollkommen zum Erliegen gekommen war. Preobrazenskys Buch ist zum einen bloß ein Vorschlag für eine Staats- und Parteispitze, die Staatsindustrie entschlossen zwischen Landwirtschaft und Weltmarkt zu positionieren und durch Abschöpfung des Mehrprodukts systematisch diesen Staatsplansektor auszubauen. 1926 zeichnete sich aber bereits die kommende Niederlage der Linksoption klar ab. Preobrazensky reagierte mit einer folgenreichen Bewertung des Staatsplansektors, dessen an sich fortschrittlicher Charakter nicht mehr an die Politik der Führung gekoppelt wurde, schließlich hieß der Vorsitzende 1926 schon länger Stalin. Wenn die Staatswirtschaft bereits im Kapitalismus objektiv den Sozialismus vorbereite, um so mehr müsse das für einen Staatssektor gelten, den erst die Revolution geschaffen habe, der Staatsplansektor sei „historisch gesehen die Fortsetzung und Vertiefung der Monopoltendenzen des Kapitalismus“. (Preobrazensky 1971; 181) Die grundlegende Aufhebung des Wertgesetzes argumentiert der Autor mit der politischen Möglichkeit, einerseits die Bauern- und Kleinwirtschaft vom Weltmarkt abzuschneiden, um Preisdifferenzen auszunutzen, und vor

⁶⁶ Das Zitat stammt aus der Schrift „Über die Naturalsteuer“, 1921, wenige Wochen nach dem Aufstand von Kronstadt geschrieben. Lenin zitiert sich darin zweimal selbst; er reflektiert seine eigene Einschätzung der Revolution und bilanziert sie.

allem mit der kostenlosen Aneignung eines Teiles des landwirtschaftlichen Produktes. Gelte umgekehrt das Wertgesetz, könne die ursprünglich sozialistische Akkumulation nicht vor sich gehen, die er folgendermaßen definiert: „Ursprüngliche sozialistische Akkumulation andererseits ist die Akkumulation materieller Hilfsquellen in den Händen des Staates, aus Quellen, die teilweise oder hauptsächlich außerhalb der Staatswirtschaft liegen.“ (Preobrazensky 1971; 108) Ebenso wie Lenin vermeinte er in der Wirtschaft der imperialistischen Staaten während des 1. Weltkrieges sozialistische Elemente heranreifen: „Die Produktion, die formal Warenproduktion blieb, wurde de facto in den wichtigsten Industriezweigen zur geplanten Produktion. Die freie Konkurrenz wurde abgeschafft, und die Wirkung des Wertgesetzes wurde beinahe vollständig durch das Planungsprinzip des Staatskapitalismus ersetzt.“ (Preobrazensky 1971; 196) Da er offenbar das Planungsprinzip als solches als sozialistisches Element missversteht, rechtfertigt sich der Begriff Fetischismus.

Preobrazensky schrieb als Teil der Opposition gegen das damalige Führungsduo Stalin - Bucharin. Daher musste er geradezu „die Entschlossenheit der Sowjetmacht (...), den Übergang zum Sozialismus zu verwirklichen“, relativieren und das objektive Bestehen oder besser Entstehen der Staatswirtschaft aufwerten. Die vernichtende Niederlage im Fraktionskampf, die nachfolgenden Moskauer Prozesse veranlassten Trotzki diese Sichtweise noch zu verschärfen. In seiner zentralen Kritik am Stalinismus, im Buch *Verratene Revolution*, schildert Trotzki die Ausbeutung und Rechtlosigkeit der russischen ArbeiterInnen in glühenden Farben, was ihn jedoch keineswegs daran hindert, die Sowjetunion als historischen Fortschritt zu preisen. Seine Argumentation ist im Grund sehr einfach: Die Staatsplanwirtschaft stellt prinzipiell den Modus einer sozialistischen Vergesellschaftung dar. Auch wenn die herrschende Bürokratie die ArbeiterInnen ausbeute und völlig entrechte, ist die Bürokratie auf diesen Staatsplansektor angewiesen. Sie kann die Staatsplanwirtschaft nicht aufgeben, ohne sich selbst aufzugeben. „Sie ist gezwungen, das Staatseigentum als Quelle ihrer Macht und ihrer Einkünfte zu verteidigen. Von dieser Seite ihres Wirkens her bleibt sie immer noch ein Werkzeug der Diktatur des Proletariats.“ (Trotzki 1979; 243) Die Frage, ob die Staatsplanwirtschaft nicht selbst ein Mythos sei und das Wertgesetz weiter wirke, wird zudem von Trotzki sehr summarisch und oberflächlich behandelt. Ihm genügt die Existenz einer Staatsplanwirtschaft, die durch politisches Kommando und nicht Verwertungsbedingungen geleitet wird. Ob in scheinbar rein politischen Entscheidungen sich nicht doch das Wertgesetz geltend mache, – derartige Probleme werden ignoriert. Daher kann Trotzki den Begriff Staatskapitalismus auch in drei Seiten erledigen. Sein Argument ist unwiderlegbar: „Die in der Geschichte erstmalige Konzentrierung der Produktionsmittel in den Händen des Staates wurde vom Proletariat mit der Methode der sozialen Revolution verwirklicht, und nicht vom Kapitalisten mit der Methode der staatlichen Vertrustung.“ (Trotzki 1979; 241) Zweifellos, ohne Russische Revolution wäre 1936 Stalin wohl kaum an der

Spitze einer Staatswirtschaft gestanden...⁵⁷ Ich verweise deswegen auf die Position Trotzki's, weil sich darin der Fetischismus der Planwirtschaft vollendet. Selbst der Terror der stalinistischen Herrschaft und die völlige Entrechtung des Proletariats hinderte ihn nicht daran, den Charakter der russischen Gesellschaft als historischen Fortschritt zu preisen. Nun ist die UdSSR wie auch der Trotzkiismus Geschichte. Aber die Schlussfolgerung bleibt: Planwirtschaft an sich besitzt ein nur sehr beschränktes emanzipatorisches Potential.

Die Kritik der Internationalen Kommunisten Hollands am Stalinismus, basierend auf der *Kritik des Gothaer Programms*

1930 veröffentlichte die Gruppe Internationaler Kommunisten Hollands, deren bekanntester Aktivist wohl Anton Pannekoek war, die Schrift *Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung*. Die Arbeit wurde vor allem von Jan Appel und Henk Canne Meijer nach längeren Diskussionen geschrieben. Der Text stellt eine rätekommunistische Kritik an der sowjetischen Staatswirtschaft dar. Die Autoren fokussieren auf die weitgehend rechtlose Lage der ArbeiterInnen in der Sowjetunion

⁵⁷ Durch die Kombination dieser zwei Elemente, der Staatsplanwirtschaft einerseits und der Herrschaft der Partei andererseits, lässt sich das Grundverständnis der drei großen Strömungen verständlich machen, in die der Leninismus nach Lenins Tod zerfallen ist, nämlich Maoismus, Stalinismus und Trotzkiismus. Den maoistischen Blick auf Lenin hat vor allem Charles Bettelheim durch seine Anfang der 70er Jahre breit rezipierten Werk *Die Klassenkämpfe in der UdSSR* vorangetrieben. Um die Kontinuität Lenin – Mao zu betonen, streicht er bei Lenin besonders jene Passagen und Maßnahmen heraus, in denen die Auseinandersetzungen nach der Oktoberrevolution als Klassenauseinandersetzungen verständlich gemacht werden. In dieser sehr realistischen Sichtweise wird betont, dass die Gesellschaft der Sowjetunion (ebenso wie jene Chinas) von sozialistischen Verhältnissen weit entfernt ist. Es gehe also um eine kluge Politik der Partei, die die Klassenwidersprüche verstehen und adäquat darauf reagieren soll. Diese These bedeutete zumindest indirekt eine Kritik an einem rein sozialtechnischen Zugriff auf die Gesellschaft. Der Staatsplanwirtschaft kommt kein Eigenwert zu, sondern erhält ihre Bedeutung allein aus der Gesamtpolitik der Partei. Der Stalinismus zeichnete sich durch eine ausgesprochene Primitivität aus. Sowohl die Staatsmacht als auch die gesellschaftlichen Verhältnisse wurden per Dekret kurzerhand als sozialistisch, ja sogar als kommunistisch erklärt. Da, wie Stalin verkünden ließ, die Klassen endgültig beseitigt seien, könne Kritik nur von Schurken, Spionen und Verbrechern geäußert werden. Das Ausmaß der Repräsentation wird auf die Spitze getrieben; die Partei repräsentiert das Proletariat nicht nur politisch und geschichtlich, sondern auch unmittelbar juristisch - was die mit dem Staat verschmolzene Partei besitzt, besitze auch das Proletariat. Da sich das Proletariat nicht selbst ausbeuten könne, sei Ausbeutung im realen Sozialismus undenkbar, so ein beliebter Kalauer, der bis in die 80er Jahre im Umkreis des ML-Marxismus vertreten wurde. Der französische Trotzkiismus, also jene Strömung, die insbesondere von Ernest Mandel repräsentiert wurde, wiederholte bezüglich der Sowjetunion letztlich einfach die Argumente Trotzki's. In Großbritannien hingegen beeinflusste Tony Cliff durch seine Arbeit *Staatskapitalismus* sehr stark die Sichtweise der UdSSR innerhalb des trotzkistischen Milieus. Dieses Buch ist im Grunde sehr theoriearm und besteht in erster Linie aus Statistiken und Berichten über die rechtlose Lage und die massive Ausbeutung der russischen ArbeiterInnen und kommt so zum Schluss, es müsse sich um eine staatskapitalistische Gesellschaft handeln.

und verweisen insbesondere auf die Tatsache der Ausbeutung auch in diesem Regime. Obwohl die Produktivität der Arbeit gestiegen und die Industrie erfolgreich entwickelt wurde, bliebe die ökonomische Lage der Massen trist und rechtlos. Als Alternative und politische Forderung zugleich rekurren die Autoren auf die Marx'schen Ausführungen in dessen *Kritik des Gothaer Programms*. Es wird die Einführung von Stundenzetteln als Mittel sowohl gegen die Ausbeutung durch die Staatsbürokratie als auch als Mittel der Selbstermächtigung der Belegschaften gefordert. Diese Schrift ist die einzig mir bekannte Studie, in der ganz konkret und anlassbezogen die Verwirklichung der Marx'schen Konzeption der Stundenzettel gefordert wird. Sehen wir uns dieses Modell ein wenig näher an.

Als Maßstab sowohl der Produktion wie auch der Distribution schlagen sie wie Marx die konkret geleisteten Arbeitsstunden vor. Die Berechnung der tatsächlich verwendeten Arbeitszeit sei kein Problem, da sie jeweils in den Betrieben von den dort Beschäftigten selbst vorgenommen werden soll. Die benötigte Arbeitsstundenzahl ergebe sich aus der Summe der geleisteten Arbeitszeit plus jener Arbeitszeit, die in der Vorperiode für die Produktion der Maschinen und Rohstoffe aufgewendet worden sei. Der Unterschied zwischen Rohstoffen, die ganz, und der Maschine, die nur teilweise in den Stundenaufwand eingeht, wird ebenso berücksichtigt. Als nächstes gelte es jedoch zu berücksichtigen, dass die Produktivität in den einzelnen Betrieben einer Branche ungleich sei. Es müsse also ein Branchendurchschnitt von allen dazugehörigen Betrieben berechnet werden. Wenn also die gesamte Arbeitszeit der Schuhfabrikation, so ihr Beispiel, addiert und durch die Anzahl der Schuhe dividiert werde, erhalte die Gesellschaft die exakte Größe des Arbeitszeitaufwandes, eben die Stundenanzahl, die es erfordere, ein Paar Schuhe zu produzieren. Dazu sei keine zentrale Planstelle nötig, sondern die freie Assoziation aller SchuherzeugerInnen könne dies durchaus eigenständig sehr genau errechnen.

Wenn die Stundenzahlen aller Produktionsstätten zusammengerechnet würden, könnten die Arbeitsstunden der gesamten Gesellschaft in einer Zeitperiode genau berechnet werden. Diese Art und Weise der Produktion bestimme nun auch die Distribution. Das Gesamtprodukt lasse sich auflgliedern in x verbrauchte Arbeitsstunden in Form von Maschinenabnutzung und Rohmaterial und y zusätzlichen, in der Produktion aufgewendeten Arbeitsstunden, in Summe also $x + y$. Im einfachsten Falle, das heißt ohne Akkumulation, könnten nun die Betriebe für den neuen Produktionszyklus Produkte im Ausmaß von x Arbeitsstunden aus dem Gesamtprodukt entnehmen um erneut über die nötigen Maschinen und Rohstoffe zu verfügen. Die ProduzentInnen könnten Produkte im Ausmaß von y Arbeitstunden konsumieren, wobei analog zum Vorschlag von Marx jedes Individuum tatsächlich nur so viel entnehmen kann, als es Arbeitsstunden geleistet hat. Ihr Konzept entspricht daher buchstäblich den Aussagen von Marx in der *Kritik des Gothaer Programms*: „Was aber die Verteilung der letzteren unter die einzelnen Produzenten betrifft, herrscht dasselbe Prinzip wie beim Austausch von Warenäquivalenten, es wird gleich viel Arbeit in einer Form gegen gleich viel Arbeit in einer andern ausgetauscht.“ (MEW 19; 20) Die Arbeitskraft muss nicht verkauft werden, sondern die individuelle Arbeitszeit bestimme das

Ausmaß der Konsumation. Dieses Grundmodell erfordere weitere Spezifikation. Erstens müssten die „ökonomischen Kongresse der Betriebsräte“ (GIK 1971; 78) einen Akkumulationsfonds bestimmen, der aus der je individuellen Konsumation abgezogen und den Betriebsmitteln zugeschlagen werde. Zweitens gäbe es Betriebe, die kein unmittelbar messbares und verteilbares Produkt herstellen würden. Als Beispiel nennen sie das Schulwesen, die Krankenpflege, weiters allgemeine kulturelle und soziale Einrichtungen. Diese AGA-Betriebe (Betriebe für allgemein gesellschaftliche Arbeit) müssten das Recht haben, aus dem gesellschaftlichen Gesamtprodukt das zu entnehmen, was sie eben benötigen würden. Das tatsächlich individuell zur Verteilung gelangende Produkt würde sich also aus dem gesellschaftlichen Gesamtprodukt, abzüglich der Größen für Reproduktion, Akkumulation und die Aufwendungen der AGA-Betriebe, errechnen und sich letztlich in einem Abwertungsquotienten der individuell geleisteten Arbeitsstunde manifestieren. Auch dieses Abzugsverfahren formulierte Marx recht detailliert in der Kritik des Gothaer Programms.⁵⁸

Um ihr Modell etwas plastischer darzustellen, noch einige Erläuterungen. Einheit und zentraler Knotenpunkt müsse der Betrieb sein: „Das Geheimnis ist, dass jeder Betrieb – geleitet und verwaltet von seiner Betriebsorganisation – als selbständige Einheit auftritt, gerade wie im Kapitalismus.“ (GIK 1971; 49) Die Betriebe errechnen einerseits die Stundenmasse ihres Gesamtprodukts, andererseits können sie von anderen Produktionseinheiten nur Güter in jenem Ausmaß beziehen, das sich aus der oben skizzierten komplexen Berechnung (Betriebsprodukt minus individuelle Konsumation, minus Anteil für die AGA-Betriebe, plus Akkumulationsfaktor) ergibt. Eine gesamtgesellschaftliche Berechnung ist dazu unbedingt notwendig. Die Arbeits-

⁵⁸ Nehmen wir zunächst das Wort „Arbeitsertrag“ im Sinne des Produkts der Arbeit, so ist der genossenschaftliche Arbeitsertrag *das gesellschaftliche Gesamtprodukt*. Davon ist nun abzuziehen: *Erstens*: Deckung zum Ersatz der verbrauchten *Produktionsmittel*. *Zweitens*: zusätzlicher Teil für Ausdehnung der Produktion. *Drittens*: Reserve- oder Assekuranzfonds gegen Missfälle, Störungen durch Naturereignisse etc. Diese Abzüge vom „unverkürzten Arbeitsertrag“ sind eine ökonomische Notwendigkeit und ihre Größe ist zu bestimmen nach vorhandenen Mitteln und Kräften, zum Teil durch Wahrscheinlichkeitsrechnung, aber sie sind in keiner Weise aus der Gerechtigkeit kalkulierbar. Bleibt der andere Teil des Gesamtprodukts, bestimmt, als Konsumationsmittel zu dienen. Bevor es zur individuellen Teilung kommt, geht hiervon wieder ab: *Erstens: die allgemeine, nicht direkt zur Produktion gehörigen Verwaltungskosten*. Dieser Teil wird von vornherein aufs bedeutendste beschränkt im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und vermindert sich im selben Maß, als die neue Gesellschaft sich entwickelt. *Zweitens: was zur gemeinschaftlichen Befriedigung von Bedürfnissen bestimmt ist*, wie Schulen, Gesundheitsvorrichtungen etc. Dieser Teil wächst von vornherein bedeutend im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und nimmt im selben Maß zu, wie die neue Gesellschaft sich entwickelt. *Drittens: Fonds für Arbeitsunfähige* etc., kurz, für das, was heute zur sog. offiziellen Armenpflege gehört. Erst jetzt kommen wir zu der „Verteilung“, die das Programm, unter Lassalleschem Einfluß, bornierterweise allein ins Auge fasst, nämlich an den Teil der Konsumationsmittel, der unter die individuellen Produzenten der Genossenschaft verteilt wird. Der „unverkürzte Arbeitsertrag“ hat sich unter der Hand bereits in den „verkürzten“ verwandelt, obgleich was dem Produzenten in seiner Eigenschaft als Privatindividuum entgeht, ihm direkt oder indirekt in seiner Eigenschaft als Gesellschaftsmitglied zugute kommt. (MEW 19:18f)

zeitmengen werden jeweils auf Konten aufgezeichnet. „Das kommunistische Betriebsleben kennt keinen Geldverkehr und keinen Markt, es leitet den Strom der Verrechnungen durch das Girokonto.“ (GIK 1971; 103) Diese Verrechnungsmethode würde andere ökonomische Einheiten, die noch außerhalb dieses Zusammenhanges arbeiten würden, dazu zwingen, sich dem Modell anzuschließen. Denn, so die Autoren, Güter könnten nur dann von Betrieben angefordert werden, wenn sich die ökonomische Einheit der Arbeitszeitberechnung unterwerfen würde. Den Individuen hingegen wären Stundenzettel zu übergeben, in dessen Ausmaß sie Güter und Dienstleistungen konsumieren könnten.

Ihr konkreter Vorschlag, wie die Strömung der Internationalen Kommunisten Hollands selbst, ist Geschichte. Ihre Vorschläge blieben auf dem Papier, sie wurden niemals umgesetzt, in keinem der Länder des sogenannten Realen Sozialismus kam das Stundenzettelprinzip zum Einsatz, auch nicht in Jugoslawien, in dem nach 1945 das Prinzip der Selbstverwaltung der Betriebe eingeführt wurde. Wir sollten heute ihr Buch als das lesen, was es für uns sein kann: Ein Beispiel einer linken damals zeitgenössischen Kritik an der Fehlentwicklung der Russischen Revolution. Ob ihr Modell angesichts postfordistischer Strukturen überhaupt greifen kann, sei dahingestellt. Bedeutsam erscheint mir jedoch das Prinzip, das sie formulieren. Eine freie nachkapitalistische Gesellschaft muss auf verbindlichen ökonomischen Rechten basieren, konkret auf den geleisteten Arbeitsstunden als Maßzahl für Wirtschaftsplanung und Konsum. Wohl weicht ihr Modell bedeutend vom Konzept des Grundeinkommens ab. Das Grundeinkommen unterstellt keine kollektiv geführten Betriebe als notwendige ökonomische Einheit, widerspricht aber einer solchen Organisationsform keineswegs. Aber wenn wir ihr Stundenzettelmodell durch das Grundeinkommen in maximaler Höhe ersetzen, bleibt zumindest ein Grundprinzip bewahrt: Der Anteil am gemeinsam produzierten Reichtum muss objektiv messbar und rechtsverbindlich institutionalisiert werden.

Resümee

Der ML-Marxismus gehöre der Vergangenheit an wurde in diesem Text mehrfach dargelegt. Das bedeutet jedoch nicht, dass gewisse Denkfiguren grundlegend überwunden wurden. Sagen wir es so: noch immer wirft diese Sichtweise ihren Schatten auf politische Diskussionen. Was meine ich da mit Denkfiguren? Nun, vor allem die Rede das Grundeinkommen sei im Kapitalismus unmöglich, in Sozialismus aber überflüssig. Es sei im Kapitalismus unmöglich, weil die herrschenden Klassen es niemals zulassen würden, dass der Zwang zur Lohnarbeit durch ein tatsächliches Grundeinkommen systematisch aufgehoben werde. Ich wüsste nicht, welche Garantie ich jetzt dagegen setzen kann. Zweifellos erfordert die Einführung eine schwierige und langwierige Auseinandersetzung. Aber uns interessiert jetzt der zweite Teil des Arguments: Im Sozialismus sei das Grundeinkommen überflüssig. Gerade diese Aussage möchte ich entschieden zurückweisen. Gerade in einer Übergangsgesellschaft ist es zwingend, das Prinzip des Grundeinkommens zu verwirklichen. Lassen wir Marx beiseite, seine Auffassungen wurden hier oft genug zitiert. Lassen wir auch die

Erfahrungen mit den Versuchen den Kapitalismus zu überwinden zurücktreten. Stellen wir die Frage so: Wie soll und kann eine nachkapitalistische Gesellschaft das individuelle Recht auf ein Leben in Würde auch auf ökonomischen Gebiet sichern? Ich wurde öfters mit dem Argument konfrontiert, wenn wir die Macht haben, das Grundeinkommen einzuführen, dann könnten wir ja gleich... ja was könnten wir dann gleich? Überwindung des Staates, Vergesellschaftung der Produktionsmittel, Überwindung der Warenform des Arbeitsproduktes – das sind doch erstmals nur Überschriften. Inhalte, deren konkrete Umsetzung doch völlig offen ist. Was ich an der Rede, das Grundeinkommen sei im Kapitalismus unmöglich und im Sozialismus überflüssig so unreif finde, ist die Vorstellung es gäbe eine Tag X, nach dem alles anders sei. Vor diesem Tag X sei die Einführung des Grundeinkommens eine Illusion, danach jedoch obsolet. Doch diesen Tag kann es nicht geben. Im Gegenteil, eines zeigt die geschichtliche Erfahrung der Russischen, Chinesischen Revolution und aller anderen Versuche mehr als deutlich, wir haben von einer langen Transformationsperiode auszugehen, in der die Dinge im Fluss sind. Vielleicht ist die Verwirklichung des Grundeinkommens im Kapitalismus tatsächlich nicht möglich. Um so mehr ist es zu fordern, da es den Weg aus dieser Produktionsweise hinausweist. Mit etwas Ironie wäre also die oben zitierte Kritik zu modifizieren: Das Grundeinkommen mag im Kapitalismus kaum zu verwirklichen sein, umso nötiger ist es für eine Gesellschaft auf dem Weg in den Kommunismus.

Verzeichnis der Siglen:

GIK 1971 = Gruppe Internationaler Kommunisten Hollands, „Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung“

Lenin AW = W.I. Lenin, Ausgewählte Werke in 3 Bänden, Berlin 1961

Lenin GW = W.I. Lenin Gesammelte Werke, Berlin 1962

MEW = Marx Engels Werke, Berlin 1966ff

Literatur:

Bettelheim, Charles (1975) „Die Klassenkämpfe in der UdSSR, Band 1“, Berlin 1975

Engels, Friedrich, (MEW 17) „Einleitung zu ‚Der Bürgerkrieg in Frankreich‘“, Seite 615 - 625

Engels, Friedrich, (MEW 20) „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“, Seite 1 - 303

Gruppe Internationale Kommunisten Hollands, (1971) „Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung“, Reinbek bei Hamburg

Lenin, Wladimir Iljitsch, (AW I) „Was Tun? Brennende Fragen unserer Bewegung“, Seite 139 - 314

Lenin, Wladimir Iljitsch, (AW I) „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriss“, Seite 763 - 873

Lenin, Wladimir Iljitsch, (GW 31) „Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, Seite 1 - 91

Lenin, Wladimir Iljitsch, (GW 32) „Über die Naturalsteuer“, 341 - 380

Marx, Karl, (MEW 1) „Zur Judenfrage“, Seite 347 - 377

Marx, Karl, (MEW 3) „Die deutsche Ideologie“, Seite, 5 - 530

Marx, Karl, (MEW 19) „Kritik des Gothaer Programms“, Seite 13 - 32

Marx, Karl, (MEW 23) „Das Kapital Band I“

Marx, Karl, (MEW 24) „Das Kapital Band II“

Marx, Karl, (MEW 42) Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie“

Preobrazensky, Eugen (1971) „Die Neue Ökonomik“, Berlin

Trotsky, Leo (1979) „Verratene Revolution. Was ist die Sowjetunion und wohin treibt sie?“, Dortmund

Nachweise

Die 68er Bewegung – Versuch einer Darstellung

Leicht überarbeitete Version, Erstveröffentlichung: „Die 68er Bewegung – Versuch einer Darstellung. Teil 1 & 2“ in grundrisse, Nr. 3/2002 und 4/2002 Wien, Seite 6 – 20 und Seite 42 – 52

Alfred Sohn-Rethel: Vergesellschaftung durch den Tausch?

Von der „erweiterte Warenanalyse“ zur gesellschaftlichen Synthesis
Vollständig überarbeitete Version des Artikels: „Alfred Sohn-Rethel und die erweiterte Warenanalyse“, in: grundrisse Nr. 23/2007 Wien

Vom Fordismus zum Postfordismus/Neoliberalismus

Originalbeitrag, in den folgende Vorarbeiten teilweise eingearbeitet wurden: „Vom Fordismus zum Postfordismus. Einiges zu Arbeitsformen und organisatorischen Strukturen“, in: „Losarbeiten – Arbeitslos?“, A. Exner, . Lichtblau, S. Schneider, V. Schweiger (Hg.), 2005 Münster, sowie: „Die Aktualität des absoluten Mehrwerts und die Reproduktion der proletarischen Existenzsituation. Bemerkungen zu einigen Tendenzen des gegenwärtigen Kapitalverhältnisses“, in: grundrisse Nr. 21/2007 Wien

Die Bedeutung des bedingungslosen Grundeinkommens in einer möglichen Übergangsgesellschaft

Den sich auf Marx berufenden KritikerInnen des Grundeinkommens gewidmet

Originalbeitrag, basierend auf einer vollständigen Überarbeitung des Textes: „Grundeinkommen als Recht in einer nachkapitalistischen Gesellschaft“, in: grundrisse Nr. 13/2005 Wien, dieser Text wurde von Wontae Kim ins Koreanische übersetzt. Erschienen in: „The Radical Review“, Nr. 38/2008, Korea, Seite 242 – 277,

